

STELLUNGNAHME /

Europa kann mehr! /

5

Globale Krisen und Herausforderungen können nur durch Kooperation gemeistert werden. Die Erosion der internationalen Ordnung in den vergangenen Jahren zeigt, dass Europa im internationalen Machtgefüge handlungsfähiger werden muss. Gerade für Friedensförderung und Sicherheitspolitik gilt: Europa kann mehr – und muss mehr tun.

Die EU sah sich in den vergangenen Jahren einer schwierigen weltpolitischen Gemengelage ausgesetzt: Unter Präsident Donald Trump höhlteten die Vereinigten Staaten die transatlantische Partnerschaft aus, die seit Ende des Zweiten Weltkriegs die Politik des „Westens“ geprägt hatte. Zugleich festigte China seine Position als global player. Die Volksrepublik agiert nicht länger zurückhaltend auf der weltpolitischen Bühne, sondern nutzt zunehmend multilaterale Institutionen für sich und vertritt ihre Interessen immer selbstbewusster und durchaus aggressiv. Das Verhältnis zu Russland, das lange Zeit zwischen Konkurrenz und Partnerschaft schwankte, ist spätestens mit der Annexion der Krim, dem Syrien-Krieg und der zunehmenden innerrussischen Repression eisig geworden.

Der Amtsantritt von Joe Biden hat die Koordinaten verändert. Die EU war in den zurückliegenden Jahren in die Rolle gedrängt worden, zusammen mit einer Handvoll weiterer Partner wie Kanada und Japan die Grundprinzipien des Multilateralismus zu verteidigen. Nun sieht sie sich einem US-Präsidenten gegenüber, der eine Doppelstrategie verfolgt: Einerseits bekennt sich Biden zu internationalen Institutionen und Verträgen, andererseits betont er die tiefgreifenden, nicht zuletzt ideologischen Differenzen, die zu China und Russland bestehen.

In dieser Situation muss die EU ihre Position bestimmen. Dies wird in Zeiten der Pandemie nicht leichter. Denn die EU ist intern durch nationalistische Bestrebungen und Mismanagement geschwächt. Dennoch meinen wir: Europa kann mehr als nur weltpolitischer Zaungast sein. Voraussetzung ist, dass die EU ihre gestalterischen Stärken besser nutzt und konsequent ausbaut. Dazu gehört, dass sie im institutionellen Gefüge der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik an Kontur gewinnt. Eine aktuelle Bewährungsprobe stellen die Krisen und Kriege um sogenannte De-Facto-Staaten in Osteuropa dar (u. a. Donbass und Bergkarabach). Auf diese Konflikte muss die EU Antworten geben, die die politische Kompromissbereitschaft vergrößern, ohne grundlegende Prinzipien preiszugeben.

Europa kann mehr
als nur weltpolitischer
Zaungast sein

Zu einer stärkeren Profilierung der EU gehört, ihr Verhältnis zu den Großmächten, insbesondere zu China, zu bestimmen: Verglichen mit dem amerikanisch-chinesischen Verhältnis, das durch tiefgreifendes, beiderseitiges Misstrauen geprägt ist, existieren zwischen der EU und China größere Spielräume für Kooperation, die Europa nutzen sollte, um friedenspolitische Impulse in der Großmachtrivialität geben zu können.

Im Verhältnis zum Globalen Süden muss die EU ebenfalls neue Akzente setzen. Bei allen Schwierigkeiten bietet die alles überschattende Pandemie die Chance, globale Solidarität sowie Gestaltungswillen und -fähigkeit zu demonstrieren. Die EU kann dazu beitragen, Impfstoffe gerecht zu verteilen, die sozioökonomischen Kosten der Pandemie abzumildern oder die Armuts- und Ernährungspolitik neu zu justieren. Nötig ist außerdem ein radikales Umdenken bei den Militärausgaben im Kontext der Vereinten Nationen (VN), der G20 oder auch der NATO. Eine Corona-Friedensdividende würde dringend benötigte Mittel für die globale Bekämpfung der Folgen der Pandemie freisetzen. Auch das Projekt der Demokratie braucht Hilfe, was sich weltweit an Tendenzen von Autokratisierung zeigt. Die EU sollte sich dafür einsetzen, die Demokratie global und gesamtgesellschaftlich neu zu beleben.

→ ZIVILE KOMPETENZEN NUTZEN UND AUSBAUEN

In der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik fehlt eine funktionierende Arbeitsteilung zwischen OSZE, EU und NATO. Eine programmatische Neuorientierung der drei Institutionen muss die Profile der Organisationen schärfen und abgestimmt auf übergreifende Herausforderungen fokussieren. Die Architektur europäischer Sicherheit muss daher auf die politische Agenda gesetzt werden, um die europäischen Sicherheitsinstitutionen nachhaltig zur Bearbeitung globaler wie regionaler Herausforderungen zu befähigen. Gegenwärtig dominieren Fragen der Verteidigungspolitik die Debatte um die Entwicklung der strategischen Autonomie der EU. Diese Debatte muss friedenspolitisch erweitert und zugespitzt werden. Denn viele globale und planetare Herausforderungen – wie die Pandemie und der Klimawandel – erfordern nicht-militärische Lösungen. Die Entwicklung ziviler Kapazitäten und Instrumente würde daher die Handlungsfähigkeit der EU stärken. Die strategische Autonomie der EU neu zu denken und dezidiert ihr ziviles und friedenspolitisches Potenzial zu betonen, gäbe der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik dringend benötigte neue Impulse. Zudem muss die Handlungsfähigkeit der EU als Frage europäischer strategischer Autonomie begriffen werden. Die EU muss dafür nicht nur über die eingesetzten Mittel, sondern auch über die anvisierten Zwecke ihres Engagements Klarheit gewinnen. Um Antworten auf das „Wofür“ europäischer strategischer Autonomie zu finden, müssen friedenspolitische Perspektiven und die Notwendigkeit einer eng abgestimmten Entwicklung einer europäischen Sicherheitsarchitektur nicht nur im politischen Feld, sondern auch gesellschaftlich breiter diskutiert werden.

Debatte um strategische Autonomie Europas friedenspolitisch erweitern

→ KREATIVE LÖSUNGEN FÜR DIE EUROPÄISCHEN KONFLIKTHERDE – UND DARÜBER HINAUS

Eine Bewährungsprobe europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik sind die Konflikte um die sogenannten De-Facto-Regime im post-sowjetischen Raum. Die Kämpfe zwischen Aserbaidschan und Armenien um Bergkarabach im Herbst 2020 und die russische Truppenmassierung an der Grenze zum Donbass im Frühling 2021 [Stand 14. April 2021] verdeutlichen, welch hohes militärisches Eskalationspotenzial De-Facto-Regime aufweisen.

Die EU muss kreative Strategien im Umgang mit den De-Facto-Regimen in Osteuropa und im Südkaukasus entwickeln. Sie sollte überzeugende Anreize für politische Kompromissbereitschaft setzen und pragmatische Lösungen für die Verbesserung der Lebenssituation in De-Facto-Staaten und beim grenzüberschreitenden Austausch finden, ohne diese Gebilde aber völkerrechtlich anzuerkennen.

Die Bundesregierung sollte zudem ausloten, in welchen Bereichen das Mandat der OSZE gestärkt werden kann. Im Verbund mit Partnern wie Frankreich könnte Deutschland eine wichtige Rolle bei Vermittlungsprozessen über De-Facto-Regime wahrnehmen. Dazu muss mit Russland verhandelt werden, das letztlich der Patron der meisten osteuropäischen De-Facto-Regime ist – aber zunehmend unter dieser wirtschaftlichen Belastung leidet.

Auch jenseits von Osteuropa und dem Südkaukasus verharrt das globale Konfliktgeschehen auf hohem Niveau. Zwar hat Covid-19 nicht direkt zu einer Zunahme an weltweiten Gewaltkonflikten beigetragen. Jedoch wirkt sich die Pandemie verschärfend auf die humanitäre Situation in vielen Krisenregionen aus. Die Hälfte aller Gewaltkonflikte wird in Subsahara-Afrika ausgetragen. Der Bürgerkrieg um Selbstbestimmung und territoriale Integrität in Tigray im Norden Äthiopiens stellt den aktuellsten Konflikt dar. Meist sind es jedoch dschihadistische Gewaltakte, die zu einer Destabilisierung der Sahelregion und der Region um den Tschadsee führen. Der Konflikt mit den meisten Gewaltpfären weltweit bleibt allerdings Afghanistan, wo die Bundeswehr seit 2001 stationiert ist und bis zum 11. September 2021 abziehen wird. Die Bundesregierung sollte sich über dieses Datum hinaus mit ihren diplomatischen und entwicklungspolitischen Instrumenten für eine nachhaltige Friedensfindung in Afghanistan einsetzen.

Konflikte in Osteuropa und im Südkaukasus sind Bewährungsprobe für europäische Friedenspolitik

7

Dschihadisten destabilisieren Sahel- und Tschadseeregionen

→ SPIELRÄUME FÜR KOOPERATION NUTZEN

Eine zentrale Frage ist, wie sich Europa in der Zukunft gegenüber China positionieren wird. Die Zuspitzung des Konflikts zwischen den USA und China avanciert zum bestimmenden machtpolitischen Spannungsfeld weltweit. Für die EU kann darin auch eine Chance liegen, sich eine friedenspolitische Gestaltungsmacht zu erschließen und zum Ausgleich zwischen den beiden Rivalen beizutragen.

8 Verglichen mit dem amerikanisch-chinesischen Verhältnis, das durch beiderseitiges tiefgreifendes Misstrauen geprägt ist, bieten die Beziehungen der EU mit China Spielräume für Kooperation. Aber auch dieses Verhältnis ist von Widersprüchen und Irritationen geprägt, wie jüngste Ereignisse zeigen: Nur wenige Monate lagen zwischen der grundlegenden Einigung beider Seiten auf ein gemeinsames Investitionsabkommen im Dezember 2020 und der wechselseitigen Verhängung von Sanktionen im Streit über Chinas Uighuren-Politik im März 2021.

Verhältnis zwischen USA und China von tiefem Misstrauen geprägt

Schon 2019 hat die EU in einem Strategiepapier das Modell einer parallelen Koexistenz von partnerschaftlichen, kompetitiven und rivalisierenden Beziehungen zu China entworfen. Angewandt auf aktuelle Themen der Friedens- und Sicherheitspolitik – beispielsweise die Seidenstraßen-Initiative, die Territorial- und maritimen Konflikte Chinas mit seinen Nachbarstaaten oder die Menschenrechtsverletzungen innerhalb Chinas –, kann dieses Modell Wege aufzeigen, wie sich Europa zwischen den widerstreitenden Impulsen gegenüber China jeweils positionieren sollte. So ergeben sich Spielräume, um europäische friedenspolitische Akzente zu setzen. So könnte Europa in Konflikten zwischen China und seinen Nachbarstaaten vermitteln, die Themen Nachhaltigkeit und Konflikt sensitivität in gemeinsame Projekte der Seidenstraßen-Initiative einbringen oder gemeinsame Interessen in Afrika nutzen, um China stärker multilateral einzubinden. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die EU Verstöße gegen Menschen- und Freiheitsrechte im Fall von Hong Kong und der Uighuren unmissverständlich gegenüber Peking anspricht.

Friedenspolitische Akzente in den Beziehungen zu China setzen

Diese Doppelstrategie gegenüber der VR China kann nur unter zwei Voraussetzungen geschehen. Zum einen muss anerkannt werden, dass Politikfelder wie wirtschaftliche Kooperation oder Menschenrechte von eigenen Dynamiken geprägt werden und keines davon völlig die Beziehungen zu China dominiert. Entsprechend ist in einem ersten Schritt eine getrennte Analyse und politische Bearbeitung notwendig, um kooperative und konfliktträchtige Bereiche besser navigieren und gestalten zu können. Zum anderen besteht die große Herausforderung in der Entwicklung einer Gesamtstrategie, die über eine bloße Segmentierung der Politikfelder hinausgeht – denn partielle Kooperationen mit Europa könnten vom derzeitigen Regime für eigene Zwecke instrumentalisiert werden. Insofern muss Peking nicht nur in einzelnen Politikfeldern, sondern auch in seiner Gesamtausrichtung auf Kernnormen und Grundprinzipien der internationalen Ordnung verpflichtet werden.

→ DIE WELT BRAUCHT EINE CORONA-FRIEDENSDIVIDENDE

2020 sind die Ausgaben für das Militär weltweit gestiegen, nicht nur trotz, sondern auch wegen der Corona-Pandemie. Denn wirtschaftliche Hilfsprogramme kamen auch der Rüstungsindustrie zugute. Die hohen Militärausgaben erschweren jedoch die finanzielle Bewältigung der globalen Folgen der Pandemie gravierend. Ein globales Maßnahmenpaket zur Verringerung der Militärausgaben und zur weltweiten Gewaltreduktion ist notwendig, um die negativen Folgen der Corona-Pandemie umfassender und global gerechter aufzufangen. Andernfalls drohen neue Konflikte. Zudem tragen Fortschritte in der Förderung des weltweiten Friedens unmittelbar zu erheblichen wirtschaftlichen Verbesserungen bei. So werden die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen von Gewalt in der Welt allein im Jahr 2019 auf 14,4 Billionen US-\$ (oder 10,5 % des internationalen GDP) beziffert (Institute for Economics & Peace 2021: 5). Eine koordinierte Strategie der Gewaltreduktion sowie eine weltweite Senkung der Militärausgaben im Rahmen der VN oder der G20 sind daher von zentraler Bedeutung, um den negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie zu begegnen. Die eingesparten Mittel werden dringend für die Verringerung globaler sozialer Ungleichheit und für den sozial-ökologischen Umbau der globalen Wirtschaft benötigt. Angesichts der hohen Schuldenlast sollte die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass auch die NATO-Staaten ihr Ziel, 2 % des Bruttoinlandsprodukts für das Militär auszugeben, zumindest für die Zeit der Bekämpfung der Folgen der Pandemie aussetzen, um finanzielle Gestaltungsräume zu schaffen.

Das könnte auch der Rüstungskontrolle zusätzliche Impulse geben, die mit der neuen US-Administration wieder an weltweiter Bedeutung gewinnt: Die Verlängerung des New-START-Vertrags muss für einen Neuanfang in der nuklearen Rüstungskontrolle genutzt werden, damit die Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV) nicht abermals scheitert. Die Bundesrepublik kann mit eigenen Initiativen für ein positives Klima sorgen, indem sie etwa als Beobachter an der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags (AVV) teilnimmt oder für ein Moratorium bei der Stationierung von Mittelstreckenraketen wirbt. Im Rahmen des neuen Strategischen Konzeptes der NATO sollte die Bundesregierung die Ankündigung der Biden-Administration nutzen, die Rolle von Atomwaffen in der Sicherheitspolitik zu reduzieren, um die nukleare Teilhabe einer kritischen Revision zu unterziehen.

Die europäische Rüstungskooperation im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) und des Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) kann dazu führen, die Beschaffung und Entwicklung von Waffensystemen zu reduzieren. Damit würde der wirtschaftliche Druck sinken, Waffen in Drittstaaten und vor allem in Konfliktgebiete zu exportieren. Gleichzeitig droht die europäische Rüstungskooperation, die nationalen Rüstungsexportkontrollen zu unterlaufen. Notwendig – auch im Sinne der globalen Gewaltreduktion – ist es daher, die europäische Rüstungsexportkontrolle auf EU-Ebene zu stärken. Dafür bedarf es einer Präzisierung und strengerer Anwendung der Regeln des Gemeinsamen Standpunkts der EU zu Rüstungsexporten, einer gemeinsamen Risikoeinschätzung aller Mitgliedstaaten und einer stärkeren Kontrolle durch das Europäische Parlament.

Hohe Militärausgaben erschweren Bewältigung der Pandemiefolgen

9

Senkung der Militärausgaben und Reduktion von Gewalt setzt Mittel frei für sozial-ökologischen Umbau der Weltwirtschaft

Europäische Rüstungskooperation an strengere Rüstungsexportkontrolle koppeln

→ **EUROPA MUSS GLOBAL DENKEN UND HANDELN**

Die EU ist gefordert, über ihre Grenzen hinaus den negativen Auswirkungen der Pandemie zu begegnen – nicht zuletzt im eigenen Interesse, denn Mutationen von Covid-19 wie in Südafrika oder Brasilien stellen auch für Europa eine Bedrohung dar. In den Weltregionen verläuft das Infektionsgeschehen sehr unterschiedlich. Bemerkenswert ist, dass die Infektions- und Todeszahlen im ersten Jahr der Pandemie in Subsahara-Afrika insgesamt deutlich hinter den Befürchtungen geblieben sind. Teile Lateinamerikas und Indiens sind hingegen dramatischer betroffen als erwartet. Zusätzlich zu den gesundheitlichen Bedrohungen durch Covid-19 stellen die indirekten Folgen der Pandemie in Ländern mit schlecht funktionierenden staatlichen Institutionen eine vielschichtige und langwierige Gefahr dar. Die Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) in den Ländern des Südens steht auf Messers Schneide.

Indirekte Folgen
der Covid-19-Pandemie
gefährden Umsetzung
der Nachhaltigen
Entwicklungsziele
im Globalen Süden

10

Im Sinne weltweiter Solidarität muss die EU nennenswerte Finanztransfers und Schuldenentlastungen für den Globalen Süden forcieren, die vor allem den besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen zugutekommen: So müssen der Zugang zu staatlichen Basisdienstleistungen (z. B. Gesundheitsversorgung, sauberes Wasser, Energie) verbessert sowie soziale Sicherungssysteme und arbeitsmarktpolitische Instrumente ausgebaut werden. Das Vertrauen zwischen Staat und Bevölkerung muss verbessert werden, um die Pandemie erfolgreich zu bekämpfen. Bei der Verteilung der Covid-19 Impfstoffe sollte die EU die COVAX-Initiative (Covid-19 Vaccines Global Access) für den fairen Zugang von Impfungen stärken. Für die globale Pandemiebekämpfung hilfreich wäre das Aussetzen bestimmter Aspekte des unter den WTO-Mitgliedern vereinbarten Patentschutzes. Mithilfe dieses sogenannten TRIPS-Waivers sollten auch Hersteller in Ländern des Globalen Südens Covid-19-Impfstoffe produzieren können.

Die Pandemie hat zudem die Krisenanfälligkeit globalisierter Lieferketten aufgezeigt. Eine partielle Entkopplung der Lebensmittelmärkte, kürzere Lieferketten und vermehrt lokale Produktion können helfen, zukünftigen Krisen vorzubeugen. Insgesamt müssen globale Lieferketten umgestaltet und reguliert werden. Das Lieferkettengesetz in Deutschland ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es muss jedoch etwa mit Blick auf zivilrechtliche Klagemöglichkeiten weiterentwickelt werden. Nach einem umfassenden Legislativvorschlag des EU-Parlaments im März 2021 hat erfreulicherweise auch die EU-Kommission einen weitreichenden Gesetzesentwurf für Juni 2021 angekündigt, der auch kleinere und mittelständische Unternehmen erfassen und zivilrechtliche Klagen ermöglichen soll.

↓ SCHUTZ DER DEMOKRATIE ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE VERANKERN

Mit den Auseinandersetzungen um die Präsidentschaftswahlen in den USA, die Anfang des Jahres im „Sturm auf das Kapitol“ mündeten, erreichte die globale Krise der Demokratie einen weiteren Tiefpunkt. Nach Jahrzehnten der globalen Ausbreitung der Demokratie lässt sich seit ungefähr zehn Jahren ein globaler Trend der Entdemokratisierung beobachten – eine Entwicklung, die vor Europa nicht Halt macht. Eine wachsende Zahl von Demokratien rund um die Welt erlebt eine Erosion demokratischer Normen und Institutionen: Brasilien und die USA sowie die EU-Mitgliedstaaten Polen und Slowenien sind Beispiele für einen graduellen Qualitätsverlust. Länder wie Indien, Mali, die Türkei, Ungarn und Venezuela haben bereits die Schwelle zur Autokratie überschritten. Die Machtergreifung des Militärs in Myanmar droht das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen.

Die Herausforderungen sind vielfältig: Politische Polarisierung spaltet in vielen Ländern Politik und Gesellschaft in antagonistische Lager. Terroristische Gewalt gefährdet demokratische Systeme, wenn Regierungen entsprechende Bedrohungen zum Vorwand nehmen, bürgerliche Freiheiten und demokratische Verfahren dauerhaft einzuschränken. Auch in Reaktion auf die Covid-19-Pandemie haben Regierungen weltweit demokratische Rechte und Freiheiten substanzial eingeschränkt. Dies betrifft vor allem die Versammlungsfreiheit und die parlamentarische Kontrolle der Exekutive. Daraus erwächst vielerorts die Sorge, dass diese Rechte und Freiheiten nach der Pandemie nicht wiederhergestellt werden könnten.

Die EU ist nicht zuletzt ein normatives Projekt. Vor diesem Hintergrund sollte sie den kollektiven Schutz der Demokratie ins Zentrum ihres Handelns – nach innen wie nach außen – rücken. Nötig ist sowohl der Erhalt von Demokratie innerhalb der EU und im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit demokratischer Staaten als auch die Stärkung demokratischer Institutionen in fragilen Staaten im Globalen Süden, die durch die Corona-Pandemie unter zusätzlichen Druck geraten sind. Die Einschränkungen der bürgerlichen und politischen Rechte, die im Zuge der Pandemie-Eindämmung seit 2020 in EU-Staaten eingeführt wurden, sind gravierend. Sie lassen sich nur über klar abgegrenzte Zeiträume rechtfertigen und unterliegen hohen verfassungsrechtlichen Hürden. Insofern müssen sie so schnell und so weit als möglich zurückgenommen werden, wenn die Voraussetzungen entfallen. Um Demokratie zu erneuern und zukunftsfähig zu machen, müssen Parlamente und die breitere politische Öffentlichkeit wieder verstärkt zu Orten des lebhaften Streits werden.

Weltweite Erosion
der Demokratie

Einschränkung
demokratischer Rechte
und Freiheiten in
der Pandemie

EU sollte sich
für kollektiven Schutz
der Demokratie
einsetzen

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die EU kämpft nicht nur in der Pandemie mit Missmanagement und Nationalismus. Auch auf friedenspolitische Krisen, Konflikte und Herausforderungen reagiert sie zögerlich – und gibt viel zu häufig ein schlechtes Bild ab. Intern zerstritten, mit unklaren Zuständigkeiten in der Abgrenzung zu NATO und OSZE, zu zaghaft in der Formulierung einer eigenständigen und klar friedenspolitisch ausgerichteten Position. Doch wir sind der Überzeugung: Europa kann mehr! Ein Europa, das sich auf die normativen Grundlagen des europäischen Projekts besinnt, kann der Erosion der Demokratie entgegenwirken – zuallererst im europäischen Rahmen, aber auch weltweit. Das wirtschaftliche Potenzial für eine proaktiver Rolle auf der Bühne der Weltpolitik ist ohnehin vorhanden. In Zeiten der Pandemie kann dieses Kapital für gelebte Solidarität mit dem Globalen Süden eingesetzt werden, die letztlich auch Europa hilft. Friedens- und sicherheitspolitisch geht es darum, dass Europa seine zivilen Stärken nutzt, seine Kooperationsspielräume gerade auch gegenüber China vergrößert, zur Annäherung zwischen China und den USA beiträgt und kreative Ansätze in der Bearbeitung der Konfliktzonen in Osteuropa und im Südkaukasus entwickelt. Europa kann mehr und es muss mehr können wollen.

12

Autorinnen und Autoren

Dr. Claudia Baumgart-Ochse

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Christopher Daase

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Tobias Debiel

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Conrad Schetter

BICC – Bonn International Center for Conversion

Prof. Dr. Ursula Schröder

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Quellenverzeichnis

*Institute for Economics and Peace 2021: Economic Value of Peace 2021.
Measuring the Global Economic Impact of Violence and Conflict, Sydney,
Januar 2021, in: <http://visionofhumanity.org/resources>, 14.04.2021.*

